



Rassismus-Studie

DPoIG Hamburg kritisiert Alleingänge und Informationspolitik von Innensenator Andy Grote (SPD) – Polizeigewerkschaften und Personalvertretung erhalten polizeirelevante Informationen lediglich über die Medien.



Vor wenigen Wochen hat Innensenator Andy Grote (SPD) die Neukonzeption der Dienststelle „Beschwerdemanagement und Disziplinarangelegenheiten“ bei der Hamburger Polizei der Öffentlichkeit vorgestellt. Aus Sicht der **DPoIG Hamburg** sind noch immer viele Fragen offen, deren Beantwortung auf sich warten lässt. Fragen, die Behördenleitung und Polizeiführung vorab mit der **DPoIG** hätte klären können. Wir bleiben dabei: Das neue Beschwerdemanagement ist politisch gewollt, aber fachlich nicht geboten. Es gibt keine Zunahme der Beschwerdelage und des Anzeigeverhaltens gegenüber Polizeibeamten. Ende September wurde der

Öffentlichkeit nun ein weiteres Projekt der Polizei und der Akademie der Polizei Hamburg präsentiert. „Hamburg prescht mit eigener Rassismus-Studie vor“ titelt „WELT“ und weiter heißt es: „Anders als das Bundesinnenministerium hält die Stadt auch eine Rassismus-Studie für nötig: Ab Oktober startet die Untersuchung der Polizeiakademie Hamburg in Zusammenarbeit mit universitären Einrichtungen aus Hamburg, NRW und Niedersachsen, dafür werden 3.000 Polizisten befragt.“ Die **DPoIG** ist weder über die Rassismus-Studie, noch über den Fragebogen und schon gar nicht über den Frageninhalt vorab vom Senator informiert worden. Aus einem vorab angekündigten Forschungsvorhaben der Akademie der Polizei Hamburg: „Demokratiebezogene Einstellungen, Werthaltungen und Risikokonstellationen innerhalb der Polizei Hamburg“ erwächst offenbar eine Rassismus-Studie ohne Beteiligung von Gewerkschaften und Personalvertretung, deren Unterstützung man aber man braucht, wenn sich 3.000 Polizistinnen und Polizisten freiwillig daran beteiligen sollen?

Dazu Joachim Lenders, Landesvorsitzender der **DPoIG Hamburg**: „Die Ignoranz und der Umgang von Innensenator

Grote (SPD) mit den Polizeigewerkschaften ist in letzter Zeit völlig inakzeptabel! Transparente und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse unter der Beteiligung von Gewerkschaften und Personalrat ist für den Senator offenbar Schnee von gestern – so geht das nicht!“ Diese Vorgehensweise ist irritierend und befremdlich. Die Art und Weise wie Polizeigewerkschaften und Personalrat außen vor gelassen werden und faktisch vor voll-

endete Tatsachen gestellt werden, widerspricht der Intention von konstruktiver Zusammenarbeit und Beteiligung. Geht es um das Anliegen oder steht politischer Zeitgeist und Parteipolitik im Vordergrund, um den Bundesinnenminister zu düpieren? Ich fordere Senator Grote dringend auf, das Gespräch mit der **DPoIG** zu suchen und öffentlichkeitswirksame Alleingänge zu unterlassen.“

Der Landesvorstand

> Nachgelesen

Her mit den Vorurteilen! Wie sich Deutschland ein Polizeiproblem herbeiredet

„Es heißt jetzt, man wolle den Rassismus in der Polizei ja nur wissenschaftlich untersuchen. Das sei im Zweifel im Sinne der Beamten, das so auch der Beweis erbracht werden könnte, dass kein verfestigter Rassismus existiere. (...) Ich möchte mal die Mitarbeiter bei Siemens hören, wenn das Wirtschaftsministerium eine Studie in Auftrag gäbe, wie verbreitet unter Siemens-Mitarbeitern die Korruption ist. Oder wenn der Presserat eine Untersuchung bei der ‚taz‘ anregen würde, wie viele ‚taz‘-Redakteure heimlich mit Terroristen sympathisieren. Die Beleidigung liegt in der Fragestellung. Wer das nicht sehen will, ist dumm oder er stellt sich so. (...) Wir können das immer weiter treiben. Wir können es zulassen, dass über die Leute, von denen wir erwarten, dass sie für uns den Kopf hinhalten, schlecht geredet wird. Wir können den Bundesinnenminister dafür schelten, dass er sich vor seine Beamten stellt und es ablehnt, eine Untersuchung auf den Weg zu bringen, deren Fragestellung ehrenrührig ist. Aber dann dürfen wir uns nicht wundern, dass wir in Zukunft mehr Polizisten brauchen und weniger haben werden, wie der Journalist Alexander Kissler letzte Woche zu Recht schrieb.“

*Quelle: „Her mit den Vorurteilen!
Wie sich Deutschland ein Polizeiproblem herbeiredet“,
FOCUS-Kolumne von Jan Fleischhauer, 25. Juli 2020 (Auszug)*

Impressum:

Redaktion:
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)
Erdkampsweg 26
22335 Hamburg
Tel. (0 40) 48 28 00
Fax (0 40) 25 40 26 10
Mobil (0175) 3 64 42 84
E-Mail: FRHamburg@gmx.de
Landesgeschäftsstelle:
Holzdamm 18, 20099 Hamburg
Tel. (0 40) 25 40 26-0
Fax (0 40) 25 40 26 10
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de
Geschäftszeit: Montag bis
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos: Frank Riebow, Friedhelm
Windmüller, **DPoIG Hamburg**
ISSN 0723-2230





POLIZEISPIEGEL im Gespräch mit Joachim Lenders, Landesvorsitzender **DPolG Hamburg**

„Gemeinsam an Zielen arbeiten und Menschen als Team zusammenbringen“

Wenn unsere Mitglieder und alle anderen Leserinnen und Leser des POLIZEISPIEGEL diese Ausgabe in den Händen halten, wird der 26. Landeskongress der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Hamburg** gerade hinter uns liegen und eine Ära ist, zumindest auf Landesebene, beendet. Nach über 26 Jahren im Amt wird Joachim Lenders nicht mehr zur Wahl als Landesvorsitzender antreten und aus dem Vorstand der **DPolG Hamburg** ausscheiden. Am 17. Februar 1994 wurde Joachim Lenders als Nachfolger von Hermann-J. Friederich zum Landesvorsitzenden gewählt. Zu Beginn seiner Amtszeit war Joachim noch bis 1996 Bundesjugendleiter der **DPolG** und bis 1997 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes (dbb jugend). Im April 1995 wurde Joachim erstmalig zum stellvertretenden **DPolG**-Bundesvorsitzenden gewählt und seit fünf Jahren ist er der Erste stellvertretende Bundesvorsitzende der **Deutschen Polizeigewerkschaft**. Dieses beeindruckende gewerkschaftliche Engagement begann für Joachim Lenders vor 35 Jahren als Landesjugendleiter innerhalb seiner gewerkschaftlichen Heimat, der **DPolG Hamburg**. Als 1994 neugewählter Landesvorsitzender war Joachim Lenders noch lange im Schichtdienst tätig und nahm sein Ehrenamt neben seiner dienstlichen Verwendung als Mitarbeiter im Reviervollzug und Zivilfahnder wahr. Seit vielen Jahren ist er freigestelltes Mitglied im Personalrat der Polizei und gehört als Beisitzer dem Personalrats-

vorstand an. Anlass genug für den POLIZEISPIEGEL – wenige Tage vor dem Landeskongress und der Wahl eines neuen Landesvorsitzenden – ein Gespräch mit Joachim Lenders zu führen, zurückzuschauen ohne dabei Gegenwart und Zukunft aus den Augen zu verlieren.

bringen. Die Stärken jedes Einzelnen zu nutzen und Neid, Missgunst und andere negative Faktoren nicht zuzulassen ist eine herausfordernde Leistung, aber wichtig für die Organisation. Und vor allen Dingen ist die Organisation wichtig und muss vorangestellt wer-

sche Forderungen und Kampagnen der DPolG Hamburg auf den Weg gebracht und umgesetzt. Unser Motto war unser Antrieb: „Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren!“ Trotz großen Kampfes wurde die Freie Heilfürsorge für die Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzuges abgeschafft. War das die schmerzlichste Niederlage deiner Amtszeit?

Es war eine der einschneidendsten Maßnahmen gegen Polizei und Feuerwehr in dieser Stadt. Und trotzdem ist es uns gemeinsam gelungen, zumindest die Heilfürsorge, auch wenn es nicht mehr die Freie Heilfürsorge ist, zurückzuholen. Nur durch das penetrante Bohren von dicken Brettern, insbesondere gegenüber der Politik, haben wir zumindest einen Teil zurückgeholt. Beeindruckende Polizistendemos durch die Hamburger Innenstadt, die wir organisiert hatten, trugen maßgeblich dazu bei. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch an dieser Stelle zu sagen, dass es ohne Entgegenkommen der Politik nicht funktioniert hätte. Der damalige Innensenator Michael Neumann und der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Münster, waren wichtige Mitspieler, ohne deren Unterstützung es uns nicht gelungen wäre.

Du bist ein politischer Gewerkschafter, seit Jahrzehnten CDU-Mitglied und warst für die CDU Hamburg insgesamt acht Jahre Abgeordneter der Hamburgischen Bürgerschaft. Es war für dich immer klar und du hast es



Landesvorsitzender Joachim Lenders mit seinem designierten Nachfolger Thomas „Tom“ Jungfer

Unter deiner Führung hat sich die DPolG zur mitgliederstärksten und erfolgreichsten Hamburger Polizeigewerkschaft entwickelt. Eine Lebensleistung, auf die du als langjähriger Landesvorsitzender völlig zu Recht stolz sein darfst. Diese Erfolge fallen niemanden in den Schoß und es gibt dafür auch kein Patentrezept. Was sind aus deiner Erfahrung, die wesentlichen Faktoren für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit?

Ich bin überzeugt, dass ein sehr wichtiger Schlüssel für eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit in der Teamleistung liegt. Gemeinsam an den gesteckten Zielen arbeiten und die Menschen als Team zusammenzu-

den. Die Geschlossenheit, der menschliche und freundschaftliche Umgang miteinander, das Füreinander-Einstehen sind die Gradmesser, um erfolgreich zu sein. Die Kolleginnen und Kollegen in der **DPolG Hamburg** sind alle ehrenamtlich in ihrer Freizeit für die Gewerkschaft im Einsatz. Wenn diese Einsatzbereitschaft neben dem bereits schon anstrengenden Dienst funktionieren soll, kann es nur gelingen, wenn alle Lust darauf haben. Und diese Lust am gewerkschaftlichen Einsatz jeden Tag und jede Woche neu anzufeuern, ist schon eine nicht alltägliche Führungsaufgabe.

Während deiner Amtszeit wurden viele gewerkschaftspoliti-



mehrfach öffentlich gesagt, dass für dich als Polizist und Polizeigewerkschafter immer die Interessen der Polizeibeschäftigten und der Polizei oberste Priorität haben. Wie bist du mit diesem Spannungsfeld und dem politischen Druck umgegangen?

Es gab mal einen Punkt, an dem war der politische Druck kaum auszuhalten. Als 2003 erneut deutliche besoldungsrechtliche Leistungseinschnitte seitens der Politik gefordert wurden (unter anderem massive Kürzungen beim Weihnachtsgeld) war ich nicht bereit dies mitzutragen. Erst versucht man, es politisch in der eigenen Partei und Fraktion zu verhindern und wenn das am Schluss nicht gelingt, muss man sich entscheiden, wo man steht. Meine Entscheidung war klar und eindeutig: Ich habe mich auch als Abgeordneter der CDU-Bürgerchaftsfraktion gegen meine eigene Fraktion gestellt und mit der Opposition gestimmt. Ich habe die Protestbewegungen, die 2003 begannen, mit angeführt und jede andere Entscheidung wäre absurd gewesen. Und ich habe auch Verständnis für die Sichtweise meiner Partei und Fraktion gehabt, dass sie mein Verhalten so nicht stehenlassen konnte und ich nach der Legislaturperiode nicht mehr aufgestellt wurde. Wenn man wie ich seit über 30 Jahren der CDU angehört, dann weiß man, dass es

auch schon mal in der eigenen „Parteifamilie“ zum Streit kommen kann. Ich bin bis zum heutigen Tag ein überzeugter Christdemokrat und gerade auch als Gewerkschafter weiß man, dass man Streit in der Sache aushalten muss. Nach insgesamt acht Jahren als Abgeordneter im Landesparlament gab es viele Stationen, an denen man entscheidende Veränderungen mit vorangebracht hat und auch dafür bin ich meiner CDU-Fraktion und meiner Partei dankbar. Gerade in der letzten Legislaturperiode an der Seite von Dennis Gladiator hat die Arbeit auf der innenpolitischen Bühne nicht nur Spaß gemacht, sondern hat in vielen Bereichen auch etwas bewegt.

Du hast als Landesvorsitzender zahlreiche Bürgermeister, Innensenatoren, Staatsräte, Innenpolitiker und Polizeipräsidenten erlebt und musstest dich mit sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten und politischen Konstellationen auseinandersetzen. Wer ist dir in besonderer Erinnerung geblieben und warum?

Es waren sehr viele, die ich erleben durfte und mit denen ich zusammengearbeitet habe. Am längsten, intensivstem und in den unterschiedlichsten Funktionen habe ich mit Walter Wellinghausen zusammengearbeitet. Als Rechtsanwalt des Landesvorstandes reicht die Zusammenarbeit zurück bis

Anfang der 1990er-Jahre. Später dann in seiner Funktion als Staatsrat in der Innenbehörde und anschließend wieder als Rechtsanwalt. Herr Wellinghausen hat mich und den Vorstand in allen Lagen beraten und stand uns als Jurist immer zur Seite. Für mich einfach eine Persönlichkeit auf dessen Meinung, Urteil und Sachverstand ich stets gehört habe und dem ich dankbar bin für all das, was er für uns getan hat. Dann ist da noch Udo Nagel als Polizeipräsident und späterer Innensenator. Auf ihn war Verlass und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit war immer möglich. Auch in schwierigen Zeiten stand er zu seinem Wort und hat meiner Einschätzung nach die Polizei deutlich mit vorangebracht. Mit Christoph Ahlhaus als Staatsrat, Innensenator und späteren Ersten Bürgermeister gab es immer eine vertrauensvolle, offene und ehrliche Zusammenarbeit. Gerade in seiner Zeit als Innensenator waren es sehr schwierige Zeiten für die Polizei, die besonders unter dem Druck von drastischen haushälterischen Einsparverpflichtungen standen. Sparklausuren des Senats bestimmten das politische Leben in der Stadt. Und trotz dieser sehr widrigen Umstände war die Zusammenarbeit mit ihm geprägt von Fairness und Vertrauen. Ich werde es nie vergessen, dass Ahlhaus als Innensenator zu einer Klausurtagung der **DPoIG Hamburg** auf



Dezember 2009: Der damalige Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU) war Gast der **DPoIG**-Klausurtagung in Sellin auf Rügen.

die Insel Rügen reiste, um mit uns dort in einem schwierigen Diskussionsprozess unsere Forderungen zu diskutieren – andere hätten dies sicherlich nicht gemacht!

Es ist kein Geheimnis, dass dir Thomas „Tom“ Jungfer als Landesvorsitzender nachfolgen soll. Ohne den Delegierten des Landeskongresses vorgreifen zu wollen, was wünschst du deinem designierten Nachfolger und deiner DPoIG Hamburg?

Nein, es ist wahrlich kein Geheimnis, dass ich mir auch persönlich Thomas Jungfer als Nachfolger wünsche und ihn auch dem Kongress vorschlagen werde. Tom und mich verbinden so viele Jahre in der **DPoIG**, dass sie einfach zu „unserer“ Familie geworden ist. Viele Funktionen in der **DPoIG** die ich innehatte, hat später Tom übernommen. Wir kommen beide aus der gewerkschaftlichen Jugendbewegung und waren dort auf Landes- und Bundesebene unterwegs. Das prägt und das verbindet einen. Ich bin mir sicher, dass Tom an der Spitze des Landesverbandes Hamburg den eingeschlagenen Weg fortsetzen wird. Schließlich ist er als bisheriger Erster stellvertretender Landesvorsitzender seit vielen Jahren Teil des Führungsteams. Ich wünsche mir, dass die **DPoIG Hamburg** unter der Führung des neuen Landesvorsitzenden weiterhin ein verlässlicher Partner unserer Kollegen auf der Straße sein wird. Wir Polizistinnen und Polizisten haben alle unseren Dienst auf der Straße begonnen und sind dann später in unterschiedlichste Funktionen gewechselt. Gerade in den heutigen Zeiten, die leider immer schwieriger, härter und gefährlicher werden, müssen unsere Kolleginnen und Kollegen wissen, auf wen sie sich verlassen können – und das ist und bleibt die **DPoIG Hamburg**.



DPoIG warnt vor schwerwiegenden Einsparungen bei der Polizei Applaus zahlt keine Miete!



Sicherheit und keine Wiederauflage der Rotstiftpolitik einer unseligen Vergangenheit!

Die Einstellungsoffensive, die Besoldungsanpassung, die Stellennachbesetzung im Bereich der tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen, weitere Verbesserungen von Ausstattung und Ausrüstung (zum Beispiel die flächendeckende Einführung von Bodycams und sogenannten Tasern/DEIG), das Ausschöpfen aller Beförderungsmöglichkeiten, verbesserte Stellenbewertungen ... – **DAS ALLES MUSS WEITERGEHEN (!)** und darf auch während einer angespannten Haushalts- und Finanzlage nicht zur Disposition stehen! Verzichtbar hingegen sind Leuchtturmprojekte wie die Einführung eines neuen, überbordenden Beschwerdemanagements bei der Polizei Hamburg, das unnötig Ressourcen kostet und Personal bindet! Die **DPoIG Hamburg** wird die Haushaltsberatungen kritisch verfolgen und scheut auch vor öffentlichen Protestaktionen nicht zurück, wenn sie notwendig werden sollten!

Der Hamburger Senat wollte sich nach den Herbstferien mit den Haushaltsplanungen für den Doppelhaushalt der Jahre 2021 und 2022 befassen. Trotz der Pandemie und den damit verbundenen Mindereinnahmen der Stadt, warnt die **DPoIG Hamburg** davor, bereits im Vorwege der Haushaltsberatungen, Einsparungen bei der Polizei vorzunehmen. Gerade in den letzten Wochen und Monaten haben Hamburgs Polizistinnen und Polizisten sowie alle anderen Polizeibeschäftigten

gezeigt, wie unverzichtbar sie für die innere Sicherheit unserer Stadt sind. Immer wieder mussten und müssen sie unter anderem zur Durchsetzung der Eindämmungsverordnung eingesetzt werden. Die Hamburgerinnen und Hamburger haben in dieser schwierigen Zeit der Pandemie für das medizinische und pflegerische Personal – aber auch für die Kolleginnen und Kollegen der Hamburger Polizei – applaudiert und ihre Wertschätzung zum Ausdruck gebracht. Systemrelevante Berufe sind

plötzlich „da“, wo sie sie schon immer hingehört haben, im Fokus der Politik. Was vor wenigen Monaten richtig war und immer noch ist, darf jetzt nicht wieder im „Pandemie-Alltag“ untergehen. Aber: Applaus, Respekt und Anerkennung allein werden die innere Sicherheit nicht gewährleisten und die Rechnungen müssen nach wie vor in Euro beglichen werden!

Die DPoIG Hamburg erwartet vom rot-grünen Senat ein klares Bekenntnis für die innere

Der Landesvorstand

> Absage – Personalversammlung 2020

Der Personalrat der Polizei hat in seiner Sitzung am 29. September dieses Jahres beschlossen, in diesem Jahr keine Personalversammlung stattfinden zu lassen! Der Personalrat ist gesetzlich verpflichtet, einmal jährlich eine Personalversammlung durchzuführen. Dabei ist gemäß des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes (HmbPersVG) grundsätzlich allen Beschäftigten der Polizei die Gelegenheit zu geben, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, der Eindämmungsverordnung, des Infektions- und Gesundheitsschutzes und der sich daraus ergebenden Abstands- und Hygieneregeln,

ist die Durchführung der Personalversammlung an einem zentralen Veranstaltungsort nicht möglich. Der Personalrat der Polizei hat sich im Vorwege des Gremienbeschlusses an das Personalamt gewandt und um eine rechtliche Einschätzung gebeten. Das Personalamt als oberste Dienstbehörde hat in der allgemeinen Beantwortung, die Bedenken und Überlegungen des Personalrats der Polizei geteilt. Weiter ging aus der Antwort hervor, dass eine Absage rechtlich zulässig sei. Das Personalamt verwies jedoch darauf, dass die Personalversammlung zeitnah stattfinden muss, wenn sich die Rahmenbedingungen soweit ändern beziehungsweise



verbessern, dass die Versammlung durchgeführt werden kann. Diese Auflassung des Personalamts wird vom Personalrat der Polizei ausdrücklich geteilt. Der Personalrat der Polizei bedauert,

angesichts der gegenwärtigen Situation und im Sinne des Gesundheitsschutzes aller Kolleginnen und Kollegen, die diesjährige Personalversammlung absagen zu müssen.



Bundesjugendkonferenz tagt virtuell

Von Julia Kupfer, JUNGE POLIZEI

Am 18. Oktober war es wieder so weit: Die zweite Bundesjugendkonferenz (BJK) des Jahres stand auf der Tagesordnung. Aber was ist eigentlich die Bundesjugendkonferenz? Bei der BJK kommen alle Amts- und Mandatsträger der JUNGEN POLIZEI aus den Bundesländern und der Bundespolizei zusammen. Während der Corona-Pandemie ging die BJK natürlich online an den Start. Dafür zunächst ein großes Dankeschön an die Organisatoren der Bundesjugendleitung. Wir haben uns gefreut, dass wir uns virtuell

treffen konnten, um uns auszutauschen, zu diskutieren und uns gemeinsam auf den Stand der Dinge zu bringen. Folgende Themen wurden unter anderem besprochen: Die Erweiterung der **DPoIG**-App und eine Ideensammlung für den Bundesjugendkongress im Mai 2022 standen im Vordergrund der Diskussion.

Mit neuen Aufgaben und dem Spirit der BJK geht es nun in die nächsten Wochen. Die Junge Polizei der **DPoIG Hamburg** war bei der virtuellen Bundesjugendkonferenz mit dem



© DPoIG Hamburg

stellvertretenden Landesjugendleiter Nicholas Kriegk, mit Geschäftsführerin Julia Kupfer und Flavia Howe gut aufgestellt und vertreten. Aus Hamburg waren weiter dabei Liv Grolik, stellvertretende Bundesvorsitzende der dbb jugend, und der 1. stellvertretende Bundesjugendleiter der JUNGEN POLIZEI, Matthias Hoppe. Als Gast konnten wir darüber

hinaus unseren Bundesvorsitzenden Rainer Wendt begrüßen. Rainer informierte uns über die bevorstehenden Castor-Transporte und erneuerte die klare, ablehnende Haltung der **DPoIG** zu jeder Form von Extremismus – danke für deine Zeit, deine Geduld und das Beantworten aller Fragen! Wir hoffen, alle BJK-Teilnehmer bald „live“ kennenzulernen. ■

Pandemie: Steigende Infektionszahlen in der AK

Die Infektionszahlen belegen es, die Corona-Pandemie hat die Akademie der Polizei (AK) weiterhin fest im Griff. Nicht weiter verwunderlich, da Bildungseinrichtungen zu den Orten gehören, die eine große Rolle im Infektionsgeschehen spielen und immer wieder Thema in der öffentlichen Diskussion sind.

Viele Anwärterinnen und Anwärter haben immer noch mit den Auswirkungen des AK-Shutdowns im Frühjahr dieses Jahres zu kämpfen und blicken zu Recht angespannt auf die kommenden Monate.

- > Wie wird sich der nicht vermittelte Praxisanteil in der Ausbildung auf die weitere Berufspraxis auswirken?
- > Werden alle Sportabnahmen im aktuellen Semester möglich sein und werden weiterhin Zugeständnisse bei nicht erbrachter Leistung gemacht?
- > Ist das Nacharbeiten aller nicht gehaltenen Lehrinhalte kom-

plett möglich oder müssen Inhalte gestrichen werden?

- > Wann bleibt den Anwärterinnen und Anwärtern aufgrund des versetzten Stundenplans Zeit für das Lernen und die Nachbereitung des Unterrichts?
- > Hat die digitale Lehre eine Zukunft in der Akademie der Polizei?

Alles berechnete Fragen, auf die es bislang keine ausreichenden Antworten gibt. Nicht nur die Anwärter sind betroffen, leider geht vielfach unter, dass sich insbesondere das Lehrpersonal erheblich umstellen und

sprichwörtlich „teilen“ musste. Wie kann man allen gerecht werden, wenn Klassen in Halbgruppen aufgeteilt sind und die digitale Lehre plötzlich ohne Vorbereitung umgesetzt werden muss? Um die Infektionszahlen niedrig zu halten, sind organisatorische Maßnahmen in enger Zusammenarbeit aller Akteure zwingend notwendig! Diese Maßnahmen müssen verhältnismäßig, zeitlich und örtlich begrenzt sowie praktisch umsetzbar sein. Die Akademie hat Ende Oktober erneut die Corona-Befehlsstelle eingerichtet, um eine zentrale Erreichbarkeit und Informationsstelle zu schaffen. Wichtig ist allerdings auch, dass bei jedem Einzelnen alle Mitteilungen ankommen und die Informationskette nicht abreißt. Gerade dies ist in der letzten Zeit und auch in der Vergangenheit immer wieder ein großes Problem gewesen. Auch wenn die AK-Leitung der Auffassung ist, mit re-

gelmäßigen Lageinformationen erfolgreich zu kommunizieren, sind viele Fragen noch lange nicht für jeden beantwortet. Interne Kommunikation ist und bleibt für die Akademie ein schwieriges Geschäft. Die AK geht mit Stand Ende Oktober davon aus, dass die Abstands- und Hygieneregeln auch nach einer erneuten Bewertung ausreichen, sofern sie konsequent umgesetzt und eingehalten werden. Das beinhaltet, dass alle allgemeingültigen Maßnahmen und bestehenden Regelungen an der AK von allen Kolleginnen und Kollegen eingehalten werden. Wir möchten dies ausdrücklich unterstreichen und fordern dazu auf, alle Maßnahmen konsequent einzuhalten – die Bewältigung der Pandemie war und ist die Aufgabe aller! Die **DPoIG Hamburg** wird diesen Prozess konstruktiv begleiten und immer wieder nachhaken.

JUNGE POLIZEI



Rückschau vor dem Landeskongress – Pläne für die Zukunft

Von Beate Petrou, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Am 11. und 12. Februar 2014 hat der letzte ordentliche Landeskongress der **DPoIG Hamburg** stattgefunden. Das damalige Motto lautete: „200 Jahre Polizei Hamburg: Sicherheit im Wandel.“ Gewandelt hat sich in dieser Zeit auch so einiges im Fachbereich Verwaltung. Seit dem Jahr 2017 konnten wir nach einer langen Phase des politisch verordneten Sparens endlich wieder Einstellungen in der Polizei vornehmen. Besonders hat sich das bei den Angestellten im Polizeidienst (AiP) ausgewirkt. Jahrelang hatte die Polizei personelle Engpässe im Objektschutz zu verzeichnen und Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzuges mussten aushelfen – es war eine harte Zeit für alle Beteiligten. Die **DPoIG Hamburg** hat immer wieder nachdrücklich Nachbesetzungen und Neueinstellungen gefordert und mit vielen Entscheidungsträgern gesprochen. Dann wurden endlich jährlich jeweils vier AiP-Lehrgänge eingestellt und der Vollzug von Objektschutzmaßnahmen entlastet. Des Weiteren gab es für die AiP interessante zusätzliche Aufgaben und mehr Perspektiven. Gleichzeitig wurden auch die Zeitverträge bei den AiP abgeschafft und damit wurde eine langjährige Forderung der AG AiP der

DPoIG im Fachbereich Verwaltung erfüllt! In der allgemeinen Verwaltung gab es plötzlich ebenfalls viele freie Stellen, die besetzt werden konnten. Bis heute ist ein ständiger Wechsel von Verwaltungspersonal in der Polizei zu beobachten – besonders ist dies in der Personalabteilung zu bemerken. Das LKA und die VT sind ebenfalls mit zusätzlichen Beschäftigten personell gewachsen. Diese Möglichkeit wurde durch eine ebenfalls langjährige Forderung der **DPoIG Hamburg**, nach Implementierung einer Personalentwicklung in der Verwaltung, unterstützt. Endlich (!) hielt auch die Telearbeit in der Polizei Einzug, langsam von Jahr zu Jahr steigerten sich die Möglichkeiten, dies ist bis heute ein großes Thema innerhalb des Fachbereiches Verwaltung. Mit den Einstellungen wuchs natürlich und sehr zu unserer Freude auch die Zahl der zu betreuenden Mitglieder. Regelmäßig konnten wir monatliche Sitzungen für die allgemeine Verwaltung und in der AG AiP anbieten. Darüber hinaus diverse Tagesseminare mit wechselnden Themen und sehr interessanten Referenten. Genau das ließ die gewerkschaftliche Gemeinschaft im Fachbereich Verwaltung festigen und wachsen. Zusätzlich konnte die

DPoIG Hamburg im Landesbetrieb Verkehr (LBV) viele Kolleginnen und Kollegen des Parkraummanagements und der Verkehrsüberwachung gewinnen, da es viele gemeinsame Interessen mit den Angestellten im Polizeidienst gibt.

2015, 2017 und 2019: Das waren die Jahre der Tarifverhandlungen (TV-L) mit Aktionen der **DPoIG** und des dbb. Viele Kolleginnen und Kollegen waren bei den Streiks und Veranstaltungen dabei, um möglichst viel zu erreichen und gute, vorzeigbare Abschlüsse zu erkämpfen. Außerdem hat es sich der Fachbereich Verwaltung nie nehmen lassen, die Forderungen transparent aufzustellen – zum Beispiel beim Branchentag – und hinterher die Ergebnisse in Seminaren zu erläutern.

Aktuelle Informationen aus erster Hand, tarifliches Hintergrundwissen adressatengerecht an die Mitglieder vermitteln, ein Miteinander in den Sitzungen und Seminaren, möglichst viele Dienststellenbesuche, um an den Problemen und Sorgen der Kolleginnen und Kollegen „dran“ zu sein, das zeichnete sie aus, die bisherige Arbeit des Fachbereiches Verwaltung der DPoIG Hamburg.



© Friedhelm Windmüller

> Beate Petrou

Jetzt steht der 26. Landeskongress der **DPoIG Hamburg** vor der Tür. In einer ganz besonderen Zeit, mit einem ganz anderen Format, der Coronapandemie angepasst. Der Fachbereich Verwaltung hat sich auf die Fahnen geschrieben, den engen Kontakt und die gewerkschaftliche Arbeit trotz dieser schwierigen Zeit aufrechtzuerhalten. Es müssen einfach im Moment andere Wege beschritten werden. Vielleicht gibt es dazu auch Ideen von unseren Mitgliedern? Liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung, ihr seid herzlich eingeladen, auch in den nächsten fünf Jahren die Arbeit innerhalb der **DPoIG Hamburg** in unserem Fachbereich gemeinsam mitzugestalten! **WIR ALLE** sind die Gewerkschaft! Wir laden deshalb nach dem Landeskongress zunächst zu einer Onlinesitzung ein, in der wir gemeinsam die Weichen für die Zukunft stellen wollen. ■



Drei neue Schlauchboote für die WSP

Von Frank Riebow,
Vorsitzender Fachbereich Wasserschutzpolizei

Bestellt und geliefert:

Die Mehrzweckschlauchboote WS 105, WS 106 und WS 107 erweitern seit wenigen Wochen den maritimen Fuhrpark der Hamburger Wasserschutzpolizei. Die hochmodernen und sehr leistungsfähigen Einsatzmittel wurden Anfang Oktober von Polizeipräsident Ralf Martin Meyer an den Leiter der Wasserschutzpolizei, Olaf Frankowski, übergeben. Die Kollegen des Fortbildungs- und Einsatzzuges WSP 7 zeigten dann auf der Süderelbe, was die in Duisburg gebauten Boote draufhaben. Die Manöviereigenschaften der Schlauchboote werden durchweg als exzellent beschrieben. Der 300 PS-Außenborder erreicht in der Spitze eine maximale Geschwindigkeit von 80

Kilometer pro Stunde – die Hamburger WSP hat jetzt also echte Speedboote zur Verfügung. Die Einsatzmöglichkeiten sind sehr vielfältig und decken den gesamten wasserseitigen Einsatzbereich unserer Kolleginnen und Kollegen, vom täglichen Dienst an den Wasserschutzpolizeikommissariaten bis hin zum Einsatz im Verbund innerhalb einer Maritimen Einsatzeinheit, ab. Die **DPoIG Hamburg** freut sich mit unseren Kolleginnen und Kollegen über die neuen Schlauchboote und wünscht allzeit gute Fahrt! Ein herzliches Dankeschön geht an die Kollegen und Dienststellen, die unmittelbar mit der Planung und Beschaffung der Mehrzweckschlauchboote befasst waren! ■



► Polizeipräsident Ralf Martin Meyer ließ es sich nicht nehmen, die Bootsübergabe persönlich vorzunehmen. „Damit sind wir bundesweit ganz vorn“, äußerte der sichtlich zufriedene Chef der Hamburger WSP, Olaf Frankowski.





Einwohnende Cis-Männer sind keine Schwarzfahrer

Der Berliner Senat und die ihn tragenden R2G-Parteien fallen immer wieder auf, wenn es darum geht, die öffentliche Verwaltung der Hauptstadt mit speziellen Vorschriften und Empfehlungen zu beglücken. **Erinnert sei an dieser Stelle an das deutschlandweit bekannt gewordene Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG). Nach dem Motto:**



„Wer antidiszipliniert am härtesten?“, hat das Berliner Abgeordnetenhaus ein Gesetz beschlossen, das hohe Wellen bis in das Bundesinnenministerium schlug. Das LADG soll Klagen erleichtern, wenn sich Menschen von Polizisten oder anderen Behördenvertretern ungerecht behandelt fühlen. Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik dazu in der „Berliner Zeitung“: „Ich denke, wir hätten das Gesetz nicht gebraucht. Es wird auf jeden Fall mehr Diskussionen in alltäglichen

kontrollsituationen geben.“ Und weiter sagte sie im „Spiegel“: „Clanmitglieder werden das Gesetz testen und reflexhaft den Vorwurf der Diskriminierung erheben.“ Kaum war das Gesetz in Kraft, geht die Zwangsbeglückung weiter. Ein 44-seitiger Leitfaden gegen Diskriminierung aus dem Hause des grünen Justizsenators Dirk Behrendt empfiehlt den Berliner Beamten und Angestellten, welche Wörter sie verwenden sollen und welche lieber nicht. Es geht um einen „Diversity-sensiblen“ und diskriminierungsfreien Sprachgebrauch der Behörden gegenüber den Bürgern hinsichtlich Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Weltanschauung, Religion, sexueller Identität, Behinderung und Alter. So weit, so gut, so kompliziert. Natürlich ist es richtig, Sprache zu reflektieren – nur verständlich und akzeptiert muss es sein. Wer weiß schon, dass die Berliner Verwaltung im Leitfaden-Neusprech Einwohnende schreibt, wenn sie Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft meint, die man umgangssprachlich schlicht Ausländer nennt? Welcher Berliner Mann bezeichnet sich als Cis-Mann, also als ei-

> Jahrestreffen unserer Senioren – Absage

Das diesjährige Jahrestreffen der Seniorinnen und Senioren der **DPoIG Hamburg** muss leider abgesagt werden. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, der Eindämmungsverordnung und des Infektions- und Gesundheitsschutzes können wir das Jahrestreffen 2020 nicht stattfinden lassen. Liebe Seniorinnen und Senioren, wir bedauern diese Entscheidung, hoffen aber sehr, euch alle gesund im kommenden Jahr wieder in unserer Geschäftsstelle begrüßen zu dürfen.

Der Landesvorstand

nen Mann, der mit dem ihm bei der Geburt „zugewiesenen“ Geschlecht lebt und sich damit wohlfühlt? „Schwarzfahrer“ und „anschwärzen“ werden zum „No-Go“, besser „ohne gültigen Fahrschein“ und „denunzieren“ schreiben, rät der Leitfaden. „Das Ziel von

Öffentlichkeitsarbeit besteht darin, möglichst viele Menschen zu erreichen“, schreibt die für den Leitfaden verantwortliche Berliner „Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung“. Stimmt!

Frank Riebow

> Social-Media-Fundstück

Instagram-Fundstück des Monats



„Zitiert“

„Wer sich im Berufsalltag anpöbeln und bespuken lassen muss, erlebt unser Land zuweilen von seiner schlechtesten Seite.“

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Trauerredner

„Die letzte Rede muss die schönste sein“
Ich beschreibe Ihren liebsten Menschen so, wie Sie ihn erlebt haben.
Peter Schölermann · Tel. 01 76/82 25 95 94